Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks. Ältestes Blatt im Bezirk. - - - Erscheint seit 1846.

Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. — — Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.25, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.40, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.90 ohne Zustellungsgebühr.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Grundzeile (Zim. Mosse 26) oder deren Raum 40 Pfg., örtliche Anzeigen 30 Pfg. Im Textteil (Zim. Mosse 17) 90 Pfg. die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeige die 3gespaltene Zeile 70 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 250. **Sonntag, den 26. Oktober 1919.** **74. Jahrgang.**

Das Hergtsche Ordnungsprogramm.*)

Am 26. September entwickelte in der Preußischen Landesversammlung der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der Abg. Hergt, ein Programm, das uns wieder zu Ruhe und Ordnung zurückführen soll. Wir hatten uns verpflichtet, unsere Leser mit diesem Programm bekannt zu machen, und benützen hierzu die Besprechung, die der gegenwärtige Vizepräsident der Preuß. Landesversammlung von Aries, dem Hergtschen Ordnungsprogramm im „Roten Tag" widmet:

Der Schrei nach Wiederherstellung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung im deutschen Vaterlande wird täglich dringender. Immer weitere Volkskreise durchdringt die Überzeugung, daß es so nicht weiter geht, daß wir rettungslos und zwar in kürzester Frist in den Abgrund völliger Auflösung hinabgleiten, wenn nicht in zwölfter Stunde das deutsche Volk sich aufrafft und Ordnung schafft.

Der Weg zur Wiederherstellung der Ordnung ist, theoretisch betrachtet, nicht gar zu schwer zu finden, und manche kühne Rede vom Regierungstisch oder aus den Reihen der Mehrheitsparteien in der Nationalversammlung und in der Preußischen Landesversammlung zeugt davon, daß man sich in diesen Kreisen wohl bewußt ist, worauf es in erster Linie ankommt, daß nämlich gearbeitet wird von jedermann mit aller Kraft; aber eben diese Reden lassen auch leider gar zu deutlich erkennen, daß den Mehrheitsparteien Kraft und Festigkeit gebrechen, dies erste Erfordernis für Schaffung oder richtiger für Wiederherstellung geordneter Zustände in Deutschland auch wirklich durchzusetzen.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß, so wie die Dinge sich durch dauerndes Schleifenlassen der Regierungszügel bei uns gestaltet haben, der unmittelbare Zwang zur Arbeit versagen oder sich wenigstens nur unter schweren Erschütterungen des Volkskörpers, die wir zu vermeiden allen Anlaß haben, durchsetzen lassen wird; es muß daher ein Mittelweg gesucht werden, der auf der einen Seite berechtigten Wünschen des Volkes entgegenkommt und dadurch den Schein vermeidet, als solle eine Knebelung der Arbeitermassen erstrebt und etwa die frühere Staatsform wieder hergestellt werden, auf der andern Seite aber auch allen Staatsbürgern ernstlich zu Gemüte führt, daß die gesamten Machtmittel des Staates rücksichtslos eingesetzt werden sollen, um Ordnung und Arbeit wieder allgemein durchzusetzen, und daß der, welcher sich diesen Bestrebungen widersetzt, Kopf und Kragen riskiert.

Es ist ein hohes Verdienst des Führers der deutschnationalen Volkspartei, des Staatsministers a. D. Hergt, daß er als Erster in seinem sogenannten Ordnungsprogramm einen Weg gezeigt hat, der uns die Rettung aus höchster Not bringen kann.

Das Programm fordert Herstellung geregelter Arbeitsverhältnisse, indem es unter grundlegender Änderung der Erwerbslosenfürsorge die bisher Erwerbslosen wieder produktiver Arbeit zuführen, unter unparteiischer, frei von jeder Einseitigkeit sich haltender Förderung der Tarifverträge den Akkordlohn wieder einführen und bei Gewährung vollen staatlichen Schutzes für alle Arbeitswilligen und im Wege der Befriedigung lebenswichtiger Betriebe die unsern kranken Volkskörper immer wieder schwer erschütternden, meist auf politischer Grundlage erwachsenden Streike ausräumen will.

Das Programm verlangt ferner den Ausbau der sozialen Verfassung. Es verlangt Zurückstellung gewaltsamer Sozialisierungs- und Kommunalisierungsexperimente, die die schwerste Beunruhigung in die werktätigen Bevölkerungskreise hineintragen. Es verlangt beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft. Es verlangt einen einheitlichen Finanzplan. Es verlangt Stärkung der Exekutive in Militär, Polizei und sonstiger Beamtenschaft unter Wiederherstellung des alten Vertrauensverhältnisses zwischen der Exekutive und der Regierung einerseits und der Exekutive und dem Volke andererseits, da ohne ein solches Vertrauensverhältnis eine gedeihliche Wirksamkeit der Exekutive ausgeschlossen sei.

Das Programm verlangt endlich Verhandlungen mit unseren Feinden, um eine Beschränkung ihrer Forderungen und vor allem den zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft notwendigen Auslandskredit zu erreichen.

Herr Hergt hat mit Recht betont, daß dieses Programm als Ganzes betrachtet werden müsse, und daß sich, ohne den ganzen Aufbau zu Falle zu bringen, keiner der verschiedenen Programmpunkte ausschalten ließe. So notwendig zum Beispiel die innere Ordnung ist, um erfolgreiche Verhandlungen mit unseren Gegnern führen zu können, so notwendig ist auf der anderen Seite, daß durch solche Verhandlungen das vorhin gezeichnete Ziel erreicht wird, weil andernfalls wegen des unausbleiblichen finanziellen Zusammenbruchs doch das mühsam errichtete Gebäude innerer Ordnung wieder einstürzen muß. So notwendig es ist, die der Arbeit jetzt vielfach entwöhnten Massen auch mit einem gewissen Druck wieder an die Arbeit heranzubringen, so notwendig ist es auf der anderen Seite, das Interesse der Arbeiter und ihre freudige Mitarbeit an allen zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens notwendigen Maßnahmen zu erlangen.

Das Hergtsche Ordnungsprogramm kann — wie der Verfasser weiter mit Recht ausführte — nicht von einer einzelnen Partei durchgeführt werden: es muß getragen sein von einer großen Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. Infolgedessen mußte dies Programm in seiner Ausgestaltung die verschiedenen politischen Parteien mit ihren zum Teil innerlich sehr widerstrebenden Zielen berücksichtigen. Wollte man große Parteien auf ein Programm einen, so konnte es nur ein Kompromißprogramm sein, bei dem zwar jede Partei einige ihrer Wünsche erfüllt sah, aber auch jede gewisse Opfer zu bringen hatte. Nichts wäre verfehlter, als in dem Hergtschen Ordnungsprogramm etwa das Parteiprogramm der deutschnationalen Volkspartei erblicken und daraus Schlüsse auf politische Schwankungen ziehen zu wollen.

Das Ordnungsprogramm soll die Möglichkeit schaffen, zwischen den verschiedenen sich bekämpfenden politischen Parteien für eine gewisse Zeit, bis eben Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Vaterlande wiederhergestellt sind, einen Burgfrieden herzustellen, während dessen der Parteihader ruht und alle Kräfte gemeinsam angespannt werden, des Vaterlandes Not zu lindern.

Daß die deutschnationale Volkspartei nicht beabsichtigt, in die gegenwärtige Regierung einzutreten, ist bei der Begründung des Ordnungsprogramms unzweideutig ausgesprochen worden. Ihr Ziel ist möglichst baldiger Appell an das Volk: Die Wähler mögen entscheiden, ob die gegenwärtige Koalitionsregierung, die letzten Endes doch nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt, das Volk noch hinter sich hat, oder ob das Volk willens ist, durch kraftvolles, zielbewußtes Handeln aus dem Sumpfe herauszukommen, in dem wir jetzt fast bis an den Hals stecken. Es gibt Leute, besonders auch in den Kreisen des Bürgertums, welche die Auffassung vertreten, daß wir den Kelch der Leiden noch lange nicht ausgekostet hätten und daß erst der völlige Umsturz, der Bolschewismus, über uns hingehen müsse, bevor eine Wendung zum Bessern zu erhoffen sei. — Nichts wäre falscher, als derartigen Gedanken Raum zu geben. Vestigia terrent muß sich jeder mit dem Blick auf unseren östlichen Nachbar sagen. Und wenn schon in dem wesentlich agrarisch organisierten Rußland der Bolschewismus so kultur- und wirtschaftszerstörend gewirkt hat, wie würden seine Wirkungen erst in einem Industriestaat wie Deutschland sein?

Die kommenden Wintermonate werden namentlich wegen der Kartoffel- und Kohlennot manche schwere Belastungsprobe für unser Volks- und Wirtschaftsleben bringen, zumal jetzt auch die Bedingungen des Friedens von Versailles allmählich ihre vernichtende Wirkung entfalten werden. Nur Ordnung im Innern, nur angestrengteste Arbeit kann uns über diese schwerste Zeit hinweghelfen: und das Ordnungsprogramm weist hierzu den Weg.

Die gegenwärtige Koalitionsregierung wird diesen Weg nicht zu beschreiten vermögen; zu viel innere Widersprüche klaffen in ihren Reihen, zu schwer lastet die Vergangenheit auf ihr. Es wird — soweit die Dinge sich übersehen lassen — erst das gesamte Volk sprechen müssen, ehe ein Programm der positiven Arbeit, ein Programm der Ordnung große, eine überwältigende Mehrheit des Volkes darstellende Parteien über alle Parteigegensätze hinweg zum Aufbau des vernichtenden Vaterlandes vereinen kann.

Wird es zu einer solchen Einigung kommen, wird die Not des Vaterlandes den Parteihader verstummen lassen? Die Kritik, die das Ordnungsprogramm in der Öffentlichkeit insbesondere bei den Mehrheitsparteien gefunden hat, wobei man in Ermanglung von positiven Einwendungen gegen den einzelnen Programmpunkt die Ernsthaftigkeit des ganzen Programms zu bemängeln und es als „Bluff" zu erklären für gut fand, diese Kritik also und die heftigen Angriffe, welche von der Reichsregierung in der Nationalversammlung gegen die deutschnationale Volkspartei gerichtet worden sind, lassen zunächst nicht erhoffen, daß es möglich sein wird, die Gegensätze zwischen den Mehrheitsparteien und der Opposition behufs gemeinsamer positiver Arbeit zeitweise zu überbrücken. Die preußische Regierung freilich hat zu dem Ordnungsprogramm in der Öffentlichkeit noch nicht Stellung genommen, ebenso wie auch bisher keine ausdrückliche Stellungnahme der Reichsregierung vorliegt, die freilich in dieser Beziehung der preußischen Regierung den Vortritt lassen könnte. Wie das Schweigen der Regierung zu deuten ist, darüber läßt sich schwer etwas sagen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß angesichts des Ernstes der allgemeinen Lage das Ordnungsprogramm zum Gegenstand eingehendster Erwägungen im Schoße der Regierung gemacht wird. Vielleicht bietet die nahe bevorstehende zweite Beratung des Haushalts der preußischen Regierung in der Landesversammlung der Regierung Gelegenheit, ihr bisheriges Schweigen zu brechen.

Wie die Antwort aber auch ausfallen möge, die deutschnationale Volkspartei hat durch Verkündung des Ordnungsprogramms ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt, sie hat — wie schon zu wiederholten Malen — auch diesmal deutlich gezeigt, daß sie ihre Aufgabe als Oppositionspartei nicht nur in rein negativer Kritik sieht, sondern in weitestem Umfange zu positiver Mitarbeit bereit ist. Und indem sie als erste politische Partei dem deutschen Volke den Weg aus den Wirrnissen der Revolution zu ruhiger sachlicher Reform, zu Recht und Ordnung wies, hat sie — das werden auch die Gegner bei ernster vorurteilsfreier Prüfung anerkennen müssen — dem deutschen Volke treu und redlich gedient.

*) Abgeordneter Oskar Hergt ist am 22. Oktober 1869 als Sohn eines Arztes in Naumburg an der Saale geboren. Nach Ablegung der Staatsprüfungen war er kurze Zeit als Amtsrichter in Liebenwerda, Provinz Sachsen, tätig. Hierauf trat er zur Verwaltung über, gehörte der Regierung in Hildesheim und dem Oberpräsidium in Hannover je ein Jahr lang als Regierungsrat an. Im Jahre 1904 wurde er ins Finanzministerium versetzt, in dem er elf Jahre lang bis 1915 in hervorragenden Stellen tätig war. Von 1915 bis 1917 war er Präsident der Regierung zunächst in Liegnitz, dann in Oppeln. 1917 wurde er zum preußischen Finanzminister ernannt. Dieses Amt bekleidete er bis zur Revolution. Bei Gründung der Deutschnationalen Volkspartei wurde er zum Vorsitzenden der Partei erwählt.

Nationalversammlung.

Berlin, 24. Oktober. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Hermann**-Posen (Dem.) wegen der Übernahme der aus Posen abgewanderten Deutschen nach Deutschland wird regierungsseitig die Zahl der Abgewanderten auf etwa 60 000 angegeben. Auch ein provisorisches Abkommen mit Polen für die nächste Periode nach dem Friedensschluß ist dem Abschluß nahe.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) fragt an wegen eventueller Besetzung der ersten Zone durch Dänemark nach der Abstimmung. Regierungsseitig wird bemerkt, daß Dänemark mit Zustimmung der internationalen Kommission das Recht zur Besetzung hätte, daß aber Deutschland die Verantwortung für die üblen Folgen einer solchen Besetzung ablehnen müßte.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. **Heinze** (D. Vp.): Der Friedensschluß muß revidiert werden. Unsere auswärtigen Kommissionen müssen baldigst besetzt werden. Am Völkerbund können wir nur mitarbeiten, wenn Deutschland in ihm die ihm gebührende Stellung erhält. Die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Staaten können nur vom Deutschen Reiche geleitet werden, nicht von einzelnen Staaten. Gegen die Überflutung mit Luxuswaren aus dem Westen sollte die Selbsthilfe des deutschen Volkes eintreten. Ein Erfolg des Untersuchungsausschusses wird ausbleiben, solange uns nicht die Akten des Auslandes zugänglich sind.

Abg. **Hausmann** (Dem.): Ein einheitlicher Wille tut not für unsere Auslandspolitik. Der Etat des Auswärtigen Amtes hätte vielleicht nicht dem Hauptausschuß sondern dem auswärtigen Ausschuß überwiesen werden sollen. Bayern und demgemäß auch Preußen sollten zu Gunsten des Reiches auf ihre Sondergesandten beim Vatikan verzichten. Die Entsendung von Dr. August Müller nach Washington würden wir begrüßen. Deutschland darf sich nicht an der Blockade gegen Rußland beteiligen. Den Deutschösterrei-